

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 5/2018

20. Dezember 2018



Liebe Leserinnen und Leser,

Die Geschehnisse in der Landes-SPD haben sich seit meinem letzten Newsletter geradezu überholt. Die Mitgliederbefragung zur Kandidatur für den Landesvorsitz ist sehr knapp für Leni Breymaier ausgefallen. Dennoch hat sie ihren Rückzug erklärt, weil sie nicht mehr genügend Rückhalt an der Basis für sich sieht und einen Neuanfang unter einem Landesvorsitzenden wünscht, der die SPD Baden-Württemberg wieder eint und stärkt. Aus dieser schwierigen Situation heraus, habe ich mich am 22. November nach reiflicher Überlegung und vielen vorausgegangen Gesprächen entschieden, beim Landesparteitag in Sindelfingen für den Vorsitz zu kandidieren. Aus dieser Wahl bin ich bekanntermaßen als Parteivorsitzender hervorgegangen und möchte nun endlich den versprochenen Neuanfang wagen, der die Risse und Gräben in unserer traditionsreichen Partei überwindet. Denn nur wir alle gemeinsam als geschlossene Partei – jenseits jeglichen Lagerdenkens - können es schaffen, der Sozialdemokratie wieder eine starke Stimme zu geben und das Vertrauen der Menschen im Land zurückzugewinnen.

Unser erstes großes Ziel wird die Durchsetzung der Gebührenfreiheit für Kindertagesstätten in Baden-Württemberg. Andere Bundesländer haben diese bereits eingeführt oder sind auf dem Weg dazu. Das Gute-Kita-Gesetz unserer Bundesfamilienministerin Franziska Giffey bietet die finanzielle Unterstützung, damit die Qualität in unseren Kitas auch bei Gebührenfreiheit beibehalten werden kann. Ein freier Zugang zu frühkindlicher Bildung ist die Grundlage jeglicher Bildungsgerechtigkeit. In den ersten Lebensjahren wird das Fundament für eine erfolgreiche Schul- und Berufslaufbahn gesetzt. Keinem Kind darf der Zugang dazu verwehrt werden, weil die Gebühren zu hoch sind und Eltern sich diese nicht leisten können oder wollen. Deswegen werden wir ein Volksbegehren anstreben, um Kitagebühren landesweit abzuschaffen. Das soll ein erster Schritt sein, um die Situation vieler Menschen, insbesondere junger Familien, zu verbessern und mehr Chancengerechtigkeit herzustellen. Startschuss wird am 7.

Januar 2019 mit Rheinland-Pfalz' Ministerpräsidentin Malu Dreyer sein. Sie hat die Gebührenfreiheit in ihrem Land schon vor Jahren eingeführt. Damit ein Volksbegehren eingeleitet wird, brauchen wir mindestens 10.000 Unterschriften. Bitte unterstützt uns in diesem wichtigen Anliegen!

Ein weiteres großes politisches Thema, das auf uns zukommen wird, ist die Verteilung der digitalen Rendite. Diese darf nicht allein den Großkonzernen zugutekommen, sondern muss der gesamten Gesellschaft dienen. Die digitale Revolution bietet - wie die industrielle Revolution Ende des 19. Jahrhunderts - eine große Chance für eine grundsätzliche Neuordnung unseres Arbeitslebens. Dies kann aber nur geschehen, wenn die Einkommensschere nicht noch weiter auseinanderklafft und die freiwerdenden Arbeitskraft- und Zeitrressourcen sich nicht in einem weiter zunehmenden Niedriglohnsektor oder wachsendem Arbeitslosenheer wiederfinden. Die digitale Rendite muss in einem Mehr an Zeit für Familie, Fort- und Weiterbildung und ehrenamtliche Tätigkeit für alle aufgehen. Dafür müssen wir Sozialdemokraten kämpfen – wie unsere Gründerväter vor 200 Jahren.

Aber es gibt aktuell noch viele andere Gegebenheiten, die im Argen liegen und für deren Änderung wir eine starke und geschlossene SPD brauchen. Das sind vor allem die baldige Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, eine gute Gesundheitsversorgung auch in der Fläche und der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Gerade mit Blick auf die Kommunal- und Europawahlen im nächsten Frühjahr müssen wir den Menschen unsere Positionen und Vorschläge klar darlegen und sie überzeugen, dass wir mehr Gerechtigkeit und einen stärkeren gesellschaftlicher Zusammenhalt schaffen können. Unsere Vertreterinnen und Vertreter in den kommunalen Gremien leisten schon seit vielen Jahren dahingehend wertvolle Arbeit. Darauf müssen wir aufmerksam machen und dieses Potential nutzen und weiter ausbauen.

Es wird also ein arbeitsreiches, aber auch ein spannendes Jahr auf uns zukommen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Euch, Euren Rat und Eure Unterstützung. Dann wird es ganz sicher ein besseres Jahr für unsere SPD. In diesem Sinne wünsche ich Euch, Euren Familien und Freunden eine frohe und besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Rutsch in ein hoffnungsvolles und gutes Jahr 2019.

Euer Andreas Stoch

Lockerung des Arbeitszeitgesetzes

In der 77. Landtagssitzung am 29.11.2018 griff die SPD-Landtagsfraktion in der Aktuellen Debatte unter dem Titel „Die grün-schwarze Landesregierung und ihre Politik gegen die Interessen der Beschäftigten“ das brisante Thema der geplanten Änderungen im Arbeitszeitgesetz auf, wonach die maximal zulässige Arbeitszeit von zehn auf zwölf Stunden am Tag erhöht werden soll.

In meiner Rede als warf der CDU-Fraktion vor, sich hier eindeutig „verzockt“ zu haben. Mit diesem Vorschlag prescht sie nicht nur gegen den grünen Koalitionspartner vor, sondern treibt auch die eigene Wirtschaftsministerin vor sich her. Wieder weiß in dieser Landesregierung die eine Hand nicht, was die andere tut. Die SPD lehnt es vehement ab, dass die CDU hier an die Arbeitnehmerschutzrechte gehen will. Das bestehende Arbeitszeitgesetz ermöglicht schon jetzt ausreichend flexible Lösungen, auch in der Gastronomie. Es können Experimentierräume geschaffen werden, in denen neue Arbeitszeitmodelle und Organisationsformen getestet werden können, dies aber immer nur unter Wahrung der Arbeitnehmerrechte und unter Einbeziehung und Zustimmung der Sozialpartner. Die Absicht der CDU ist es, die Arbeitszeit aus den Händen der Tarifpartner zu nehmen, unter dem fadenscheinigen Vorwand, dass die Tarifbindung abgenommen hat. Das heißt aber, die Arbeitszeitregelung genau dorthin zu tun, wo keine Tarifbindung herrscht und kein Schutz der Arbeitnehmer durch die Tarifpartner stattfindet. Die Arbeitnehmer würden also schutzlos dem überlassen, was allein der Markt verlangt. Das wäre aber eine Belohnung und ein Freibrief für alle, die eben gerade keine Tarifverträge wollen und damit würde die Tarifflucht noch weiter gestärkt. Das ist ein Schlag ins Gesicht unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die den Erfolg Baden-Württembergs schließlich erarbeitet haben. Das Land braucht würdige Arbeitsbedingungen und keine flexibilisierten Arbeitstiere. Es scheint aber, Arbeitnehmerrechte sind der CDU weitgehend egal. Das sieht man auch am Umgang mit dem Bildungszeitgesetz. Die Pseudo-Evaluierung zielt allein auf dessen Wiederabschaffung hin, anstatt diese sozialdemokratische Errungenschaft schleunigst für Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu nutzen, um die Arbeitnehmerschaft fit für die Digitalisierung zu machen. Auch war es ein Unding, den Autogipfel ohne die Betriebsräte zu veranstalten. Den Vorschlag, das Arbeitszeitgesetz zu lockern, muss die Landesregierung einstampfen, denn das ist ein Frontalangriff auf die Interessen der Beschäftigten in unserem Land!

Verabschiedung Nachtragshaushalt

In der 78. Sitzung am 12. Dezember verabschiedete der Landtag nach 2. und 3. Lesung den Nachtragshaushalt mit den Stimmen von Grünen und CDU. Er ergänzt den Doppelhaushalt 2018/2019, der mehr als eine Milliarde Euro umfasst, um weitere zwei Milliarden Euro.



Foto: SPD-Landtagsfraktion

Der Nachtrag platze aus allen Nähten und gehe weit über den notwendigen Zweck eines Nachtrags hinaus, urteilt der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion **Peter Hofelich**. Es gab ungewöhnlich viele und kurzfristige Änderungsanträge, auch von den Koalitionsfraktionen, die zum größten Teil durchgewinkt wurden, um exekutive Versäumnisse der Ministerien bei der Haushaltsaufstellung zu verdecken. Änderungsanträge der Opposition, auch wenn sie noch so klein und sinnvoll sind, wurden nicht einmal besprochen. Die SPD forderte eine konstante Zuschussgewährung für die Feuerwehren, stattdessen wird dort in den nächsten beiden Jahren um je eine Million Euro gekürzt. Die notwendige Unterstützung kleiner notleidender Sender durch die LFK wurde ebenso abgelehnt wie ein Investitionsprogramm zur Sanierung von Schwimmbädern. Hofelich begrüßt die Ergebnisse der GKLK, von der Anpassung der Kita-Zuschüsse bis zur Anschlussunterbringung, kritisiert aber die späte und mühevollte Einigung. Ebenso begrüßt er zusätzliche Mittel für Justiz-, Innen- und Sozialverwaltung, moniert aber die Mehrausgaben für das personelle Wettrüsten zwischen Staats- und Innenministerium.

Die SPD sieht folgende **Schwerpunkte**, die die Landesregierung nicht energisch genug angeht:

- Einstieg in die Gebührenfreiheit in der frühkindlichen Bildung
- Schaffung bezahlbaren Wohnraums mit der Hilfe einer Landesentwicklungsgesellschaft, die Kommunen unterstützt und selbst Wohnungen baut
- Verbesserung des ÖPNV durch eine Fahrzeugbeschaffungsinitiative und einheitlichere Tarife
- Sofortprogramm gegen Unterrichtsausfall und Weiterbeschäftigung von zeitvertraglichen Lehrern über die Sommerferien
- höhere Schuldentilgung.

Neuer Vorstand im Kreisverband HDH

Da ich neben meinem Amt als Landtagsabgeordneter und Fraktionschef im Stuttgarter Landtag nun auch Vorsitzender der SPD Baden-Württemberg bin, habe ich nach über 17 Jahren den Vorsitz im Kreisverband Heidenheim vertrauensvoll in neue gute Hände gegeben.

Bei den Vorstandswahlen im Kettelerhaus in Königsbronn wurde ein neuer Vorstand gewählt. Neuer Kreisvorsitzender wurde mit einem Traumergebnis von über 96 Prozent der Heidenheimer Ortsvereinsvorsitzende **Dr. Florian Hofmann** (3.v.l.). Der 36-jährige Jurist war bisher der stellvertretende Kreisvorsitzende, so dass die Kontinuität im Kreisverband gewährleistet ist. Er umriss in seiner Bewerbungsrede zahlreiche Politikfelder und schwor den Kreisparteitag auf Geschlossenheit. Meiner Arbeit im Land versprach er große Unterstützung aus der Heimat.

Als stellvertretende Kreisvorsitzende wurden ebenfalls mit großer Mehrheit der Königsbronner Fraktionsvorsitzende **Wolfgang Lutz** (3.v.r.) und **Corina Koller** (4.v.r.) aus Sontheim gewählt. Schatzmeister bleibt **Elmar Brändel** (r.) aus Königsbronn mit 100 Prozent Zustimmung. Neue Pressesprecherin ist **Marita Kasischke** (l.) aus Heidenheim. Weitere Mitglieder im neuen Vorstand sind **Gaby Streicher** (2.v.r.), Fraktionsvorsitzende in Giengen, **Monika Albrecht-Groß** (4.v.r.) Stadträtin aus Hürben und **Peter Müller** (2.v.l.) aus Heidenheim.



Die Söhnstetterin **Helga Butter** wurde für ihre Verdienste mit der Willy-Brandt-Medaille ausgezeichnet. Seit über 20 Jahren ist sie Vorsitzende der SPD Steinheim und war fast ebenso lange Fraktionschefin im Gemeinderat und arbeitete auch im Kreistag.



Fotos: SPD Kreisverband Heidenheim

Tag der Freien Schulen

Jedes Jahr im November lädt die Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen Baden-Württemberg die Landtagsabgeordneten ein, eine Freie Schule in ihrem Wahlkreis zu besuchen, um über ihre politische Arbeit im Landtag zu berichten. In diesem Rahmen habe ich in diesem Jahr die Freie Waldorfschule in Heidenheim besucht. Mit den Schülerinnen und Schülern der neunten, elften und zwölften Klassen diskutierte ich über verschiedene aktuelle Themen und berichtete über meine Arbeit als Abgeordneter, Fraktionschef und auch über mein neues Amt als Vorsitzender der Landes-SPD.



EU-Steiff-Teddy für Katarina Barley

Zur Feier anlässlich „100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland“ lud die SPD-Landtagsfraktion Bundesjustizministerin Katarina Barley in den Landtag ein. Als Dankeschön für ihre Rede bekam sie einen plüschigen Gruß aus meiner Heimat, denn schließlich ist der Steiff-Teddy eines der schönsten Produkte aus Baden-Württemberg. Die Giengener Firma hatte für Barley, die im nächsten Jahr als Spitzenkandidatin für die SPD in die Europawahl zieht, extra einen Teddy mit EU-T-Shirt angefertigt.



Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
Redaktion: Danjela Folberth
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
Tel.: 07321/ 4 00 80
E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de
Internet: www.andreas-stoch.de